Stand: 20.04.2024 09:16:11

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/14470

"Für ein auskömmliches Entgeltsystem in der Psychiatrie!"

Vorgangsverlauf:

1. Antrag 16/14470 vom 30.10.2012
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/15036 des UG vom 15.11.2012
3. Beschluss des Plenums 16/15214 vom 12.12.2012
4. Plenarprotokoll Nr. 116 vom 12.12.2012

Bayerischer Landtag
16. Wahlperiode

Drucksache 16/**14470**
30.10.2012

Antrag

der Abgeordneten **Kathrin Sonnenholzner, Sabine Dittmar, Markus Rinderspacher SPD**

Für ein auskömmliches Entgeltsystem in der Psychiatrie!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich mit einer Bundesratsinitiative dafür einzusetzen, dass die Einführung des neuen pauschalisierenden Entgeltsystems in der Psychiatrie und Psychosomatik (PEPP) bis zum 1. Januar 2015 ausgesetzt wird. Bis dahin soll der Entgeltkatalog des PEPP auf einer größeren und aussagekräftigeren Datenbasis so weiterentwickelt werden, dass der tatsächliche Bedarf abgebildet wird.

Begründung:

Das Krankenhausfinanzierungsreformgesetz (KHRG) sieht die Einführung eines pauschalisierenden Entgeltsystems für die voll- und teilstationären Leistungen psychiatrischer und psychosomatischer Einrichtungen vor. Mit § 17d des Krankenhausfinanzierungsgesetzes wurde im Jahr 2009 der gesetzliche Auftrag zur Entwicklung eines durchgängigen, leistungsorientierten und pauschalierenden Vergütungssystems auf der Grundlage von tagesbezogenen Entgelten erteilt. Mit der Entwicklung des Entgeltsystems wurden die Selbstverwaltungspartner auf Bundesebene beauftragt, also die Deutsche Krankenhausgesellschaft, der Spitzenverband Bund der gesetzlichen Krankenversicherung und der Verband der privaten Krankenversicherung. Die Selbstverwaltungspartner haben nach § 17d des Krankenhausfinanzierungsgesetzes das von ihnen getragene Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus (InEK) zu beauftragen. Die Selbstverwaltungspartner haben sich im November 2009 auf die Grundstrukturen des Bewertungssystems und des Verfahrens zur Ermittlung der Bewertungsrelationen geeinigt. Das InEK hat im Jahr 2010 einen Pretest zur Entwicklung der Kalkulationsmethodik durchgeführt und ein Handbuch zur Kalkulation von Behandlungskosten in psychiatrischen und psychosomatischen Einrichtungen veröffentlicht. Im Jahr 2011 wurde mit freiwillig teilnehmenden psychiatrischen und psychosomatischen Einrichtungen eine erste Probekalkulation durchgeführt. Die Kalkulation, die vom InEK auf der Grundlage von Daten aus einer sachgerechten Auswahl von Krankenhäusern erfolgen soll, ist so abzuschließen, dass bis zum 30. September 2012 die ersten Entgelte und Bewertungsrelationen von den Selbstverwaltungspartnern auf Bundesebene vereinbart werden können. Das neue Vergütungssystem ist nach § 17d Abs. 4 Satz 3 Krankenhausfinanzierungsgesetz im Jahr 2013 erstmals für die Abrechung der Leistungen von psychiatrischen und psychosomatischen Leistungen anzuwenden.

Um die Einzelheiten für den weiteren Einführungsprozess auszugestalten hat die Bundesregierung am 14. März .2012 einen Gesetzentwurf zur Einführung eines pauschalierenden Entgeltsystems für psychiatrische und psychosomatische Einrichtungen (PsychEntG) in den Bundestag eingebracht. Der Bundestag hat am 14. Juni 2012 den Gesetzentwurf in geänderter Fassung mit den Stimmen der Regierungsfraktionen angenommen. Danach soll das Vergütungssystem auf Verlangen des Krankenhauses zum 1. Januar 2013 oder zum 1. Januar 2014 eingeführt werden. Verbindlich für alle Einrichtungen soll das Vergütungssystem zum 1. Januar 2015 eingeführt werden. Der Bundesrat hat am 6. Juli 2012 die Annahme des Gesetzentwurfs beschlossen.

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft sowie alle unmittelbar beteiligten Organisationen sind der Auffassung, dass das bisher entwickelte Entgeltsystem in der Psychiatrie und Psychosomatik nicht den gesetzlichen Vorgaben entspricht, weil es die besonderen Bedürfnisse psychisch kranker Menschen nicht berücksichtigt und weil es den Auftrag verfehlt, echte tagesbezogene Entgelte zu schaffen. Der PEPP-Entgeltkatalog darf daher zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht umgesetzt werden. Stattdessen sollen die Selbstverwaltungspartner beauftragt werden, mit Hilfe des InEK, aber auch unter Einbeziehung von Betroffenen-, Angehörigen und Fachverbänden den PEPP-Entgeltkatalog grundsätzlich strukturell zu revidieren und auf der Basis einer größeren und aussagekräftigeren Datenbasis weiterzuentwickeln.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag
16. Wahlperiode

Drucksache 16/**15036**
15.11.2012

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt und Gesundheit

Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Sabine Dittmar, Markus Rinderspacher SPD
Drs. 16/**14470**

Für ein auskömmliches Entgeltsystem in der Psychiatrie!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: **Kathrin Sonnenholzner**
Mitberichterstatterin: **Christa Stewens**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Umwelt und Gesundheit federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 80. Sitzung am 15. November 2012 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   B90/GRÜ: Enthaltung
   FDP: Ablehnung
   Ablehnung empfohlen.

Dr. Christian Magerl
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag
16. Wahlperiode

Drucksache 16/**15214**
12.12.2012

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Kathrin Sonnenholzner, Sabine Dittmar, Markus Rinderspacher SPD**

Drs. 16/**14470**, 16/**15036**

Für ein auskömmliches Entgeltsystem in der Psychiatrie!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Franz Maget

II. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Ich möchte jetzt gerne Tagesordnungspunkt 6 erledigen:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 4)

Von der Abstimmung ausgenommen sind der Antrag Nr. 46 der Anlage zur Tagesordnung, nämlich der Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Helga Schmitt-Bussinger, Volkmar Halbleib und anderer und Fraktion (SPD), "Keine Besteuerung kommunaler Dienst-, Beistands- und Kinderbetreuungsleistungen!" auf der Drucksache 16/14271 sowie Nummer 55 der Anlage zur Tagesordnung; das ist der Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) "Pflege- und Kindererziehungszeiten bei der Rentenversicherung besser berücksichtigen" auf Drucksache 16/14516.

Die Anträge sollen einzeln beraten werden. Diese Einzelberatungen finden im Plenum am 29. Januar 2013 statt.

(...)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Uns wurde von der FDP signalisiert, dass sie bei der Verfassungsstreitigkeit Punkt 2 − es geht um das Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 26. Oktober 2012 − nicht Enthaltung protokolliert wissen möchte, sondern die Zustimmung. Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. − Das sind alle Fraktionen. Danke schön. Gegenstimmen? − Sehe ich keine. Enthaltungen? - Sehe ich auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.